53. Jahrgang | Abend-Ausgabe | Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 615 | Montag, 29. Dezember 1924

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. | Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die bevorstehende Note an Deutschland.

Eine alliierte Ministerkonferenz?

Der Aufschub der Note bis Sonnabend.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London**, 29. Dezember.

Mit der „einmütigen Entscheidung" der Botschafterkonferenz, die Räumung Kölns zu verschieben, zeigt sich die extreme konservative Presse durchaus einverstanden. So zählt die nationalistische „Daily Mail" wieder einmal das ganze „Sündenregister Deutschlands" auf und stellt dabei fest, daß nahezu fast alle Paragraphen des Friedensvertrages, die sich mit der Bewaffnung Deutschlands befassen, nämlich die Artikel 159 bis 178, von Deutschland „verletzt" worden seien. Das Blatt bemerkt, daß man Deutschland, was die Entwaffnungsfrage betreffe, nicht trauen könne, und behauptet, die ganze Welt wisse, daß Deutschland die Reparationsartikel nicht erfüllt habe. Der Krieg werde so lange vermieden werden, wie die Alliierten in Deutschland die vier Rheinbrückenköpfe und einen gewissen Prozentsatz der deutschen Großstädte besetzt hielten. „Morning Post" benutzt die Gelegenheit, vor der gewaltigen industriellen Macht Deutschlands zu warnen, die bereits heute wieder einen der „gefährlichsten Faktoren der europäischen Politik" bilde. Das Blatt glaubt, daß die Arbeit der militärischen Kontrollkommission wie auch die Besetzung der Rheinbrückenköpfe zwecklos seien, wenn England nicht imstande sei, sein Industriesystem zu stärken. Auch die sonst gemäßigte „Times" bemerken, daß die Botschafterkonferenz eine „weise Entscheidung getroffen habe", und auch sie „stellt fest", daß Deutschland sich mindestens zwei schwere Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen, nämlich die „Wiederbelebung des Großen Generalstabes, wenn auch in anderer Form und die Durchbrechung des 12jährigen Dienstes bei der Reichswehr zu Gunsten eines kurzfristigen Rekrutierungssystems." Das Blatt hofft aber, daß die Note an Deutschland, welche die Gründe für die Verschiebung der Räumung Kölns mitteilt, wie der volle Bericht der Kontrollkommission in Deutschland veröffentlicht werde. Hierdurch werde die Masse des deutschen Volkes, die von einer „militärischen Kamarilla" irregeleitet würde, beruhigt werden. „Daily Telegraph" meint, jede britische Regierung könne das französische Verlangen nach Sicherheit verstehen und nur mit ihm sympathisieren. Das Blatt drückt die Hoffnung aus, daß, wenn Deutschland den alliierten Forderungen hinsichtlich der Entwaffnungsklausel jetzt Genüge leiste, Frankreich sich bereit erklären werde, einer Räumung des Ruhrgebietes bereits am 1. Mai zuzustimmen. Der gut unterrichtete diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, daß die Differenzen zwischen den alliierten Ansichten über die Räumung Kölns ein Anzeichen für andere bestehende Differenzen seien. Gewisse Regierungen hätten nämlich erklärt, daß sie bei einer so wichtigen Frage ihren Gesandten nicht unbegrenzte Vollmachten erteilen könnten. Sie müßten darauf bestehen, über alle Vorgänge während der Unterhandlungen unterrichtet zu werden und vor allem darauf, daß der Text einer Note der Botschafterkonferenz, die in Berlin überreicht werden soll, ihnen vorgelegt würde. Aus diesem Grunde werde die Note, die jetzt von dem Sekretariat der Botschafterkonferenz vorbereitet werde, den einzelnen Regierungen vor dem Zusammentritt der Botschafterkonferenz am Mittwoch zugesandt werden. Es sei also wahrscheinlich, daß nach dieser Konferenz den einzelnen Regierungen neue Berichte zugesandt werden müßten, da diese den vorgeschlagenen Text der Note wahrscheinlich noch abändern werde. Demgemäß würde die Note wohl **kaum vor dem nächsten Sonnabend in Berlin zu erwarten sein.** Der Korrespondent vermutet, daß, bevor man die endgültige Note der Alliierten in Berlin überreiche, **eine Konferenz der alliierten Premierminister oder Außenminister einberufen werde,** um den ganzen Fragenkomplex, der sich aus dem endgültigen Bericht der Kontrollkommission ergebe, einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Die liberale Presse bedauert auf das Lebhafteste, daß der Lauf der Dinge eine solche Wendung genommen habe. „Daily Chronicle", das Blatt Lloyd Georges schreibt ähnlich wie die „Westminster Gazette", es liege im allgemeinen Interesse Europas, daß England, wenn es die Besetzung Kölns verlängere, Frankreich veranlassen werde, einen früheren Termin für die Räumung des Ruhrgebietes festzusetzen. Das Blatt betont, man müsse vor allen Dingen wünschen, daß der Dawes-Bericht reibungslos arbeite, und Deutschland wieder zu normalen friedlichen Beziehungen zu der übrigen Welt gelange, ohne immer an „Verfehlungen und Sanktionen" denken zu müssen. Andererseits sei es klar, daß dann auch Deutschland fair handeln müsse. „Westminster Gazette" schreibt, **alle verantwortlichen Kreise in England der Meinung wären, daß Deutschland im Grunde genommen schon entwaffnet sei.** Wenn die französischen Chauvinisten davon sprächen, daß Deutschland sich für einen neuen Krieg im Jahre 1925 vorbereite, so machten sie sich damit lächerlich. Das Blatt glaubt, der ganze Dawes-Bericht sei nicht vielmehr als ein unnützes Stück Papier, wenn man Deutschland nicht ermutige, den Alliierten und insbesondere England zu trauen. „Westminster Gazette" sagt, es sei von größter Wichtigkeit, daß ein bestimmtes Datum für die Räumung Kölns und des Ruhrgebietes festgesetzt werde. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß angesichts der Räumung des Ruhrgebietes im August, der Herriot auf der Londoner Konferenz zugestimmt hätte, von Frankreich Schwierigkeiten gemacht werden würden. „Daily News" schreibt, daß, wenn man Deutschland wirklich ganz und gar entwaffnet sehen wollte, es nötig sein würde, nicht nur seine Kriegsmaterialien, sondern auch den größten Teil der deutschen Jugend zu zerstören, die während des Krieges Soldaten gewesen seien. Ueberdies verlange Frankreich von Deutschland nicht nur eine technische, sondern auch eine „moralische Entwaffnung". Es würde für Deutschland leicht sein, hierauf zu erwidern, daß die Haltung Frankreichs nach dem Kriege eine moralische Entwaffnung Deutschlands unmöglich gemacht habe. „Daily News" macht sodann Deutschland den Vorschlag, jetzt den klaren Beweis seines guten Willens zu geben und schnell den Verpflichtungen nachzukommen, die es bisher nicht erfüllt habe. Das Blatt befürchtet, daß die Entscheidung der Botschafterkonferenz die Arbeit des Dawes-Berichtes gefährden könne, daß dies in Amerika einen schlechten Eindruck hervorrufen und den deutschen Junkern nur einen neuen Grund geben werde, wieder einmal „gegen das perfide England zu Felde zu ziehen".

Ruhigere Auffassung in Paris?

Der angebliche Standpunkt Herriots.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Z. Paris, 29. Dezember.

In den Montagsblättern ist eine kleine Abschwächung der Angriffe gegen Deutschland festzustellen. Die Kommentare über die Strafverfolgung gegen den „Eclair" sind länger und leidenschaftlicher als die Bemerkungen über die Räumungsfrage. Auch die Berichte des Berliner Korrespondenten klingen heute ein wenig anders als gestern. Am Sonntag wurde die Erklärung des Reichswehrministers im „Berliner Tageblatt" als „verlegene Ausflüchte" und der Artikel Theodor Wolffs als „brutal" bezeichnet. Heute nennt der „Matin" die Abwehr Geslers „nicht ungeschickt", und der „Petit Parisien" zitiert einen Teil von Wolffs Bemerkungen als „einen der maßvollsten Kommentare". Es könnte beinahe scheinen, als ob der Zynismus, mit dem die nationalistischen französischen Zeitungen den Ministerpräsidenten Herriot als den Fortsetzer der Politik Poincarés begrüßen, Herriot etwas zu denken gäbe. Vielleicht ist auch ein Wink aus England gekommen, der eine gewisse Wirkung gehabt hat. Ueber die Alternative, ob die Räumung nur um einige Monate vertagt oder ohne Fristbestimmung aufgeschoben werden soll, schreibt heute die „Ere Nouvelle": „Wir können uns leicht auf einen Weg verirren, auf dem wir nicht weiter kommen. Die Deutschen sagen: Weil ihr Köln nicht räumen wollt, stärkt ihr die Revanchelust unserer Nationalisten. Wir antworten darauf: Weil Eure Nationalisten noch immer mächtig sind, können wir Köln nicht räumen. Wenn man diesen Widerspruch auf eine ruhige Formel bringt, dann bemerkt man bald, daß es sich weit mehr um die Form als um den Kern der Frage handelt. Es ist doch klar, daß keiner der Alliierten daran denkt, die Kölner Zone für unbestimmte Zeit zu besetzen. Das Foreign Office hat in seiner letzten Note bereits das Kompromiß angedeutet. Die Räumung unter Vorbehalt soll statt der einfachen Räumung beschlossen werden, aber es wird in der Note zum Ausdruck kommen, daß die Räumung in einer verhältnismäßig kurzen Frist erfolgt. Es ist nicht recht verständlich, welches Interesse Frankreich daran haben soll, daß die Engländer auf unbegrenzte Zeit in Köln bleiben sollen. Wir haben doch nicht den geringsten Einfluß in Köln, und wir erinnern sogar daran, daß die Engländer in Köln uns während der Ruhrbesetzung zuweilen sehr hinderlich gewesen sind. Lassen wir also den Engländern die Hauptverantwortung für die Entscheidung. Ihr Bleiben ist für uns kein Erfolg, ihr Abzug wäre für uns keine Schlappe."

Auch an anderer Stelle wird erklärt, daß der Streit um die Räumung weniger wichtig wäre, wenn ein englisch-französischer Defensivvertrag Frankreich genügende Sicherheit gäbe. Man dürfe erwarten, daß die Verhandlungen über diese Lebensfrage für Frankreich bald wieder beginnen würden. Im „Eclair" erwähnt Marcel Pays, der zuweilen direkte Informationen erhält, einiges über die Auffassung der Regierung. Er sagt, daß die französische Regierung die Haltung Deutschlands als eine „Täuschung" empfinde, weil Herriot nach seiner Versöhnungspolitik berechtigt war, große Loyalität von Deutschland zu erwarten. Die „vollkommene Einigkeit der Alliierten" solle Deutschland zu denken geben. Die Botschafterkonferenz werde durch eine gemeinsame Note die Vertagung mitteilen, und nach dem Eintreffen der abschließenden Erklärungen über die Abrüstung Deutschlands eine zweite Note folgen lassen. Deutschland solle bedenken, daß diese letzte Note die entscheidende wäre und vielleicht einen neuen Verstoß gegen den Vertrag feststellen könnte. Die Räumung Kölns sei im übrigen mit der Räumung des Ruhrgebietes nicht in Verbindung zu bringen. Das Ruhrgebiet müsse spätestens im August geräumt sein, wie es in London beschlossen worden sei. Die Räumung der Kölner Zone hänge von der Erfüllung der militärischen Sicherheitsforderungen ab.

Ueber die diplomatischen Formen, in denen die Uebergabe der Note an Deutschland erfolgen soll, sind, soweit festzustellen, die Ansichten noch geteilt. Das Wahrscheinlichste ist vorläufig, daß eine Note im Namen der verbündeten Regierungen durch die Botschafterkonferenz übersandt und durch einen **Kollektivschritt der in Berlin beglaubigten Botschafter** der Alliierten ergänzt wird. Der „Petit Parisien" und die meisten anderen Blätter glauben, daß die Note in den ersten Tagen des Januar überreicht werden wird. Die Note ist von den französischen Sachverständigen als ein Dokument gedacht, das aus einer Mitteilung mit verschiedenen Beilagen besteht.

(Siehe auch Seite 2.)

T. W. Vor vierzehn Tagen habe ich hier jene Sätze aus den „Gedanken und Erinnerungen" zitiert, in denen Bismarck berichtet, warum er darauf verzichtete, gegen die Verleumder, die damals in der „Kreuzzeitung" ihr Gift ihm ins Gesicht spritzten, Strafantrag zu stellen. Die von ihm befragten juristischen Autoritäten hatten ihm gesagt, daß mit einer Freisprechung der Verleumder immerhin gerechnet werden müsse, und er selber hatte seine Erfahrungen: ein Gericht in Stendal hatte zwar zugegeben, daß man ihn beleidigt habe, aber in der Urteilsbegründung die Festsetzung einer Minimalstrafe von zehn Talern damit begründet, daß er „wirklich ein übler Minister sei". Ebert hat offenbar gemeint, er müsse als höchster Beamter des Reiches Vertrauen zu der deutschen Gerichtsbarkeit zeigen und die weit verbreitete Anschauung entkräften, daß es für einen republikanisch gesinnten Mann sehr schwer sei, in einer politischen Prozeßaffäre zu seinem Rechte zu gelangen. Er hat vielleicht ein mutiges Beispiel geben wollen. Das Unternehmen war zu kühn. Wir haben gesehen, was daraus geworden ist. Wenn einem anständigen Republikaner — er braucht gar nicht Reichspräsident zu sein — heutzutage von „Nationalgesinnten" nachgesagt wird, daß er silberne Löffel gestohlen oder einen Postwagen ausgeplündert oder Deutschland für zwanzig Silberlinge verkauft habe, muß er zögern — wird er nach dem Ergebnis des Magdeburger Prozesses ganz gewiß zögern —, damit vor die Gerichte zu gehen. Er wird vorziehen, das Gesindel zu verachten und die Justiz zu respektieren, aber von fern.

Die Verhältnisse, die Rechtsverhältnisse, sind heute noch ungleich schwieriger als in den Tagen, wo Bismarck der Gerichtsbarkeit seines Landes mit so tiefem Mißtrauen gegenüberstand. Er selbst ist nicht schuldlos daran, denn dieses in der internationalen Politik fast immer klare politische Genie hat, auf alle vernünftigen Methoden der Erziehung und Entwicklung verzichtend, allzuviel denkfräge, urteilslose, auf den Drill angewiesene Herdenmenschen zurückgelassen, und ein gewaltiger Haufe politischer Dummheit ist übriggeblieben, als der Klüge gegangen war. Die Kreise, die man damals ultrakonservativ nannte, arbeiten immer noch mit den alten Mitteln, aber die Kunst, den muffigen Sumpf durch die schönen bunten Blumen des Patriotismus, der Ehre und der sittlichen Reinheit zu überdecken, hat noch sehr zugenommen. Was in den Tagen Bismarcks nur die „Kreuz-Zeitung" und die „Reichsglocke" taten, wird heute von einer weitverzweigten Presse, von einem ganzen Schreiberheer besorgt. Gegenüber diesem Treiben gibt es jetzt noch weit weniger als damals für die staatliche Ordnung und den staatstreuen Einzelnen einen sicheren Rechtsschutz, einen zuverlässigen, festen Schild der Gerechtigkeit. Die geistige Verwirrung, das vollkommene Verkennen der geschichtlichen Tatsachen und Zusammenhänge, das Blindsein und das Blindseinwollen, all' die von geriebenen Meinungsmachern zur Verhüllung der wahren Schuld erzeugten falschen Vorstellungen, all' die anerzogenen Vergangenheitsideen und Vorurteile, all' die künstlich genährten Antipathien gegen das Neue, das aus dem Zusammenbruch des Alten sich rettend erhoben hat, wirken auch auf empfängliche, nicht mit sieben ehernen Panzern umgürtete Mitglieder des Richterstandes ein. Diese Richter legen, indem sie die Toga anziehen, das Angelesene, Anerzogene, Ererbte nicht ab. Man soll uns nicht erzählen, daß derjenige, der bis zum Eintritt in den Gerichtssaal an die Dolchstoßgeschichte, an die Vernichtung Deutschlands durch die Sozialdemokraten, an die Erbärmlichkeit der Republik und an die Herrlichkeit des wilhelminischen Zeitalters glaubt, zwei Minuten später auf dem Richterstuhl von jenem himmlisch reinen Lichte berührt werde, das die Seele der Brahmanen erleuchtet und befreit. Der Richter in Magdeburg, der die Weisheit des Brahmanen nicht besitzt, hat instinktiv in den Falten seiner Toga die ganze Atmosphäre seiner Umwelt in den heiligen Tempel mit hineingeschleppt. Seine Urteilsbegründung, in der er die nicht allgemein nachgeahmte patriotische Opferbereitschaft Eberts, die Hingabe dreier Söhne an das Vaterland, wie etwas ganz Gleichgültiges verschwieg, und durch sophistische Kunststücke, unlogische, widerspruchsvolle, mühsam herausgeklügelte Thesen, zur Anklage gegen den untadeligen Ehrenmann gelangte, verriet in jeder Zeile den parteiischen Sinn. Er hat dem ehemaligen „Sattler" die Ueberlegenheit des juristischen Examens, die Macht eines deutschen Richters gezeigt. Gewiß ist er sehr stolz auf seine „Unabhängigkeit". Ach, auch darin unterscheidet sich die heutige Zeit von der Zeit, in der Bismarck den Gang zum Kadi vermied. Damals war Unabhängigkeit eine Gefahr für den Richter und ein Zeichen von hohem moralischem Mut. Heute, unter der duldsamen, gutmütigen Schäfchenrepublik, ist sie ein harmloses Vergnügen, hat man nichts zu befürchten, wenn man die Staatsautorität und den Staat sabotiert. Diese „Unabhängigkeit" ist so billig wie die patriotische Heldenpose all' jener Schreier und Schreiber, die nicht im Schützengraben geblieben oder nicht dringewesen sind.

Wenn man über diese offenkundigen Tatsachen spricht, heißt es, man setze den Richterstand herab. Das wird besonders von denjenigen behauptet, deren ganzes Gewerbe im Beschimpfen und Beschmutzen besteht. Wir denken gar nicht daran, betrübender und absolut unerträglicher Erscheinungen wegen den ganzen Richterstand zu schmähen. Justus Möser hat einmal einen seiner Aufsätze überschrieben: „Keine Satiren gegen ganze Stände", und diese Ueberschrift enthält eine Mahnung, die befolgt werden muß. Wer gerechtes Gericht fordert, kann nicht die Ungerechtigkeit verkennen, die in jeder Verallgemeinerung liegt. Aber nachdem wir nun in Dutzenden von politischen Prozessen solche unmöglichen, haarsträubenden Entscheidungen erlebt haben, wird auch der Richterstand einsehen müssen, daß man durch Vertuschen und durch salbungsvolle Redensarten nicht mehr weiterkommt, sondern nur noch weiter herab. Der Richter